

Richtungsstreit in der Union

Merkels AfD-Strategie wird zum Bumerang

von Dietmar Neuerer

28.05.2014

Der fulminante Erfolg der AfD bei der Europawahl könnte sich bei den anstehenden Landtagswahlen wiederholen. In der CDU ist man bereits alarmiert. Doch Angela Merkel schert das wenig. Kann das auf Dauer gut gehen?

Berlin

Als die CDU-Spitze am Montag zusammenkam, um das Ergebnis der Europawahl zu besprechen, ließen deutliche Töne der Kanzlerin in Richtung der eurokritischen Aufsteiger-Partei Alternative für Deutschland (AfD) nicht lange auf sich warten. Auch wenn die Partei unter ihrem Vorsitzenden Bernd Lucke nun in das Europäische Parlament einrücke, werde es keinerlei Zusammenarbeit geben, gab Angela Merkel die Marschrichtung vor. Dafür erntete Merkel breiten Beifall im CDU-Bundesvorstand.

Aber die Debatte, wie gerade die Union mit der AfD künftig umgehen soll, ist gerade erst eröffnet. Denn die sieben Prozent AfD-Stimmen und die Präsenz im Europaparlament werden sichtbar bleiben. Und nicht nur das. Es stehen drei Landtagswahlen an. In Sachsen (31. August), Brandenburg und Thüringen (beide am 14. September) wird die AfD laut Umfragen wohl mühelos den Sprung in die Länderparlamente schaffen. Das sorgt für Unruhe in der CDU.

Viele sind nicht einverstanden damit, wie die CDU-Bundesvorsitzende das Thema vom Tisch gewischt hat. Immer mehr Christdemokraten fordern von Merkel einen offeneren Umgang mit der AfD. „Die AfD ist mir als politischer Konkurrent nicht willkommen, aber ich halte es für politisch töricht zu sagen, mit denen werden wir nie zusammengehen“, sagte etwa der hessische CDU-Politiker Christean Wagner „Spiegel Online“.

Ein nicht geringer Teil der AfD-Wähler habe zuvor Union oder FDP gewählt. „Darauf müssen wir Antworten finden.“ Der 71-jährige Wagner, Mitbegründer des Berliner Kreises, ist einer der konservativen Wortführer in der Union. Bis zum Rückzug aus der aktiven Politik war er bis Januar dieses Jahres CDU-Fraktionschef in Hessen.

Für den CDU-Innenpolitiker Wolfgang Bosbach, der ebenfalls dem Berliner Kreis zugerechnet wird, ist schon ausgemacht, dass die AfD keine politische Eintagsfliege ist. „Sie ist eine relevante politische Kraft, die man nicht einfach ignorieren sollte“, sagte Bosbach der Wochenzeitung „Die Zeit“.

Zugleich sprach Bosbach sich für einen Kurswechsel gegenüber der neuen Partei aus. Die Strategie, die AfD „konsequent zu ignorieren, in der Hoffnung, den Wählern würde dann gar nicht auffallen,

dass es die Partei gibt“, sei „kein Erfolgsmodell“. „So kann man vielleicht verfahren, wenn eine Partei unterhalb der Wahrnehmungsschwelle liegt, um sie nicht aufzuwerten. Aber die AfD hat mit viel Geld und Engagement gekämpft und ein beachtliches Wahlergebnis erzielt. Wenn wir der politischen Auseinandersetzung mit ihr weiter ausweichen, hinterlässt das beim Publikum den Eindruck von mangelndem Mut und Sprachlosigkeit“, so der Vorsitzende des Innenausschuss im Deutschen Bundestag.

CDU-Abgeordnete für „punktuelle Zusammenarbeit“ mit der AfD

Was Bosbach anspricht, ist auch Merkel ein Anliegen. Hier sieht sie durchaus Handlungsbedarf in der Auseinandersetzung mit der AfD. Die CDU habe zwar „absolut die richtige Strategie“, deutlich zu machen, wofür sie stehe. „Aber man muss immer wieder gucken: Wo entstehen Protestfragen der Menschen“, mahnte die Kanzlerin am Montag. Auf Sorgen der Wähler zum Euro oder der Freizügigkeit müsse auch die Union Antworten geben. Und um die Rechtspopulisten in ganz Europa zu schlagen, müsse sich die EU auf ihre Kernaufgaben konzentrieren - den Abbau der Arbeitslosigkeit, mehr Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit.

Der sächsischen Bundestagsabgeordneten Veronika Bellmann geht das nicht weit genug. „Es muss ja nicht gleich eine Koalition sein. Dazu muss man erst einmal sehen, wie sich die AfD als Politik-Neuling auf europapolitischem Parkett bewegt“, sagte Bellmann Handelsblatt Online. „Aber dort, wo Integration notwendig wäre, ein rigoroses Nein auszusprechen, was Gespräche, punktuelle Zusammenarbeit und die inhaltliche Auseinandersetzung betrifft, hielte ich für falsch.“

Denn das bedeute das Ausgrenzen von zwei Millionen Wählern aus dem konservativen Mitte-Rechts-Spektrum, sagte Bellmann weiter. „Das kann sich auch die Union nicht leisten, will sie nicht dauerhaft von der SPD abhängig sein.“ Die habe ihrerseits Alternativen im rot-rot-grünen Lager gesucht und gefunden und „wartet nur auf den nächstbesten Moment, um den Schalter umzulegen“.

Den Erfolg der AfD führt Bellmann darauf zurück, dass sie Wähler anspricht, „die den Eindruck haben, dass die etablierten Parteien in einem ziemlich engen „alternativlosen“ Meinungskorridor agieren“. Die Mitte der Union, so Bellmann, habe sich „ziemlich nach links verschoben“. Deshalb sei der „parteilose“ rechtskonservative Raum größer geworden. In diese Lücke springe AfD-Chef Bernd Lucke.

Fakt sei zudem, dass die AfD zwar weniger als eine Volkspartei, aber mehr als eine reine Protestpartei sei, sagte die CDU-Politikerin weiter. „In ihren Reihen findet man eine stattliche Anzahl kompetenter Menschen, aber auch durchaus einige suspektere Personen mit einem mitunter egozentrischen Bernd Lucke an der Spitze.“ Lucke sei aber in der Wahrnehmung vieler Wähler ein „Puffer“ zwischen Europa- und Euro-Gegnern wie den Nationalisten aus Frankreich und Großbritannien, die Europa abwickeln wollten und den Europa-Romantikern, die aus der EU immer noch eine Schulden- und Umverteilungsunion machen wollten.

„Dazwischen ist die AfD geradezu gemäßigt als Europa-kritisch und Euro-skeptisch zu verorten“, sagte Bellmann und fügte hinzu: „Ein kritisches Hinterfragen der EU, ohne deren Grundlage als Raum des Friedens, der Freiheit, der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie in Frage zu stellen, kann aber sogar die EU reformieren helfen und der europäischen Idee als Ganzes mehr Dynamik verleihen.“

Lothar Probst, Parteienforscher an der Universität Bremen, wies auf den Umstand hin, dass bei der Europawahl 500.000 Wähler von der Union zur AfD gewandert sind, was die CDU „nicht kalt lassen“

könne. „In der Vergangenheit hat die FDP von der Union und ihrem Mitte-Kurs enttäuschte Wähler auffangen können, jetzt scheint die AfD diese Rolle zu übernehmen“, sagte Probst Handelsblatt Online. Als rechtskonservative Partei könne sie demnach den bisher leeren Platz im Parteiensystem rechts von der Union besetzen. „Das verschafft ihr auch mögliche Wachstumsperspektiven.“ Lucke habe bereits die Landtagswahlen und auch die nächsten Bundestagswahlen fest im Blick.

„CDU wird sich thematisch an AfD-Agenda anpassen“

In Sachsen werde die CDU wohl stärkste Partei bleiben, aber sie werde ihren bisherigen Koalitionspartner FDP verlieren, sagte Probst weiter. „Dann wird es in der Tat interessant sein zu beobachten, welche Dynamik das in der CDU in der Frage möglicher Koalitionen mit der AfD freisetzt.“ Probst rechnet aber eher mit einer anderen Bündnisvariante. Da die SPD in Sachsen bei Landtagswahlen nur noch eine 10-Prozent-Partei sei, spreche vieles für eine Große Koalition in dem Bundesland - auch im Hinblick auf eine Stärkung der Großen Koalition im Bund, die ja darauf aus sein müsse, mehr Stimmen im Bundesrat zu bekommen.

„Damit ist die Frage nach zukünftigen Koalitionen mit der AfD für die Union aber natürlich nicht erledigt“, betonte Probst. „Die Auseinandersetzung darüber wird in der CDU meines Erachtens an Dynamik gewinnen, vor allem, wenn sich die AfD - auch auf Kosten der CDU - im Parteiensystem konsolidiert und es versteht, interne Machtkämpfe und eine populistische Rechtsentwicklung im Zaum zu halten.“

Noch wisse man aber nicht, welche Strömungen in der AfD langfristig Einfluss auf deren Agenda ausüben würden. „Insofern ist es wahrscheinlich klug, wenn die Union erst einmal die weitere Entwicklung in der AfD abwartet, aber zugleich prüft, wo die bisherige Politik der Union offene Flanken für eine Abwanderung von Wählern zur AfD bietet.“ Vermutlich werde sich das schon im Wahlkampf in den ostdeutschen Bundesländern zeigen. „Ich gehe davon aus, dass die CDU thematisch ihren Wahlkampf dort ein bisschen an die Agenda der AfD anpassen wird, um einen zu starken Abstrom von Wählern zu vermeiden.“

Dass die AfD parteiinternen noch mit diversen Problemen zu kämpfen hat, konnte man in den vergangenen Monaten zur Genüge beobachten. Die vielen Personalquerelen und Kritik an Parteichef Lucke taten aber dem Erfolg keinen Abbruch. Ähnlich wirkungslos dürfte das Vorhaben einer größeren Gruppe von liberalen AfD-Mitgliedern verlaufen, die sich laut einem Bericht der „Zeit“ dazu entschlossen haben sollen, die Partei zu verlassen. „Wir werden gemeinsam austreten, und wir werden viele sein“, zitierte die Zeitung einen AfD-Funktionär.

„Wenn der problematische Teil ein solch starkes Übergewicht hat, dann ist es sinnvoll, dass die Liberalen austreten“, wird ein weiteres hochrangiges Parteimitglied mit Blick auf starke nationalliberale und rechtspopulistische Kräfte innerhalb der AfD zitiert. Ein anderes Mitglied, das die Partei ebenfalls verlassen will, sagte: „Wir haben uns gewünscht, dass die AfD eine etwas konservativere FDP wird. Man hat uns betrogen.“ Streit hatte es in den vergangenen Wochen vor allem um die russlandfreundliche außenpolitische Linie der AfD gegeben – und um die Frage, ob die AfD im Europaparlament ein Bündnis mit der rechtspopulistischen Ukip aus Großbritannien eingehen soll. Das liberale Kernthema der AfD, der Austritt aus dem Euro, ist in den Hintergrund geraten – zugunsten von konservativen Reizthemen wie Familien- und Einwanderungspolitik.

Der Impuls für die Austrittswelle der Liberalen könnte von der „Liberalen Vereinigung“ kommen, einem Verein, den Mitglieder von AfD und FDP kurz vor der Europawahl gegründet hatten. Im Vorstand sitzt das ehemalige AfD-Bundesvorstandsmitglied Dagmar Metzger. AfD-Chef Lucke reagierte zurückhaltend auf den Bericht der „Zeit“. „Von diesen Absichten ist uns nichts bekannt“, sagte Lucke Handelsblatt Online. Die Alternative für Deutschland umfasse sehr viele liberale Mitglieder, kontierte er die Kritik. „Darüber hinaus findet man viele liberale Positionen in unseren politischen Leitlinien und in unserem Europawahlprogramm.“

Christian Lüth, Pressesprecher der AfD, reagierte mit Blick auf die Mitgliederentwicklung in der Partei gelassen. Besonders erfreulich sei der Mitgliederzuwachs unmittelbar nach dem Wahlerfolg vom vergangenen Sonntag. „Derzeit meldet die Zentrale der AfD bereits mehr als 200 neue Mitglieder geprüft und aufgenommen zu haben, 854 weitere Aufnahmeanträge werden unter Hochdruck geprüft“, sagte Lüth Handelsblatt Online. Das sei ein Mitgliederzuwachs von mehr als fünf Prozent innerhalb weniger Tage. „Vor dem Hintergrund von fast 20.000 Mitgliedern fallen einige wenige Austritte nicht mehr sonderlich ins Gewicht“, so Lüth.

Inwieweit diese Vorgänge die AfD-Debatte in der CDU beeinflusst, wird sich zeigen. Manche Spitzen-Christdemokraten würden um das Thema am liebsten einen großen Bogen machen. Thüringens Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht und ihre saarländische Kollegin Annegret Kramp-Karrenbauer plädieren daher dafür, zu einer alten Taktik gegenüber rechtsradikalen Parteien aus den 90er Jahren zurückzugreifen. „Wir werden die AfD einfach nicht beachten, geschweige denn mit ihnen zusammenarbeiten“, sagte Kramp-Karrenbauer.

Auch für Thomas Bareiß kommt die AfD als Partner nicht in Frage. „Jedoch müssen wir uns mit den Inhalten ernsthaft auseinandersetzen“, sagte der CDU-Bundestagsabgeordnete aus Baden-Württemberg und Mitglied des Berliner Kreises Handelsblatt Online. „Statt einer Zusammenarbeit und damit einer Aufwertung, müssen wir verunsicherte konservative Wähler wieder stärker an uns binden.“